17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Simon Weiß (PIRATEN)**

vom 28. Januar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2014) und **Antwort**

Stand und Planung der Migration von Windows XP

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Auf wie vielen Rechnern in der Berliner Verwaltung läuft zur Zeit das Betriebssystem Windows XP und bei wie vielen ist eine Umstellung rechtzeitig zum Auslaufen des offiziellen Supports im April geplant?

Zu 1.: In der Berliner Verwaltung basieren rund 48.560 informationstechnische Arbeitsplätze (IT-AP) auf Windows XP. Für rund 16.500 IT-AP erfolgt bis zum Auslaufen des Supports von Windows XP die Migration auf eine andere Windows-Version oder ein anderes Betriebssystem.

2. Welcher Zeitplan existiert für die vollständige Migration von Windows XP?

Zu 2.: Microsoft hat im Jahr 2002 einen definitiven [Zeitplan](#) vorgestellt, dem zu entnehmen war, in welchen Zyklen das Unternehmen künftig den Support für Soft- bzw. Hardwareprodukte anbieten wird. Der Microsoft "[Lifecycle Guide](#)" listet dies für jedes Produkt separat auf. Die Ankündigung des Supportendes von Windows XP hat natürlich auch die verantwortlichen Stellen in der Berliner Verwaltung veranlasst, eine Windows XP Migration zu planen.

Zur konkreten Umsetzung wird auf die im Land Berlin bestehende dezentrale Organisations- und Verantwortungsstruktur beim IT-Einsatz verwiesen. Es ist Aufgabe **und Verantwortung** der jeweiligen Senats- bzw. Bezirksverwaltung, in eigener Zuständigkeit die notwendigen Aktualisierungen von Hard- und Software durchzuführen. Das gilt sowohl für die genutzten Fachverfahren, als auch für die Betriebssysteme.

Deshalb werden die Migrationsplanungen auch in den Behörden dezentral vorgenommen und umgesetzt. Folglich gibt es sowohl Behörden, die bereits mit aktualisierten Betriebssystemen arbeiten, als auch solche, die noch bei den vorbereitenden Maßnahmen der Umstellung sind.

Der Microsoft Lifecycle-Guide und die daraus resultierenden Maßnahmen sind rechtzeitig und mehrfach in die verantwortlichen Bereiche kommuniziert worden.

Auf eine detaillierte Abfrage zu den einzelnen Sachständen der Umstellungsarbeiten haben wir unter Hinweis auf die im Rahmen einer Kleinen Anfrage angemessenen Arbeitsaufwände verzichtet.

3. In welchen Fällen wurde geprüft, ob sich mit dem Ausstieg aus Windows XP der Wechsel auf ein nichtproprietäres Betriebssystem verbinden lässt, und jeweils mit welchem Ergebnis?

Zu 3.: Vor dem Hintergrund der auf den Richtlinien der Regierungspolitik basierenden strategischen Ziele des IT-Einsatzes ist die „Open-Source-Fähigkeit“ von Anwendungen und Betriebssystemen ein wesentlicher Bestandteil. Nur damit kann die für einen wirtschaftlichen IT-Einsatz erforderliche Herstellerunabhängigkeit, Interoperabilität und Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lösungen erreicht werden. Für die in der Berliner Verwaltung eingesetzten IT-Fachverfahren und die eingesetzten Desktop- und Serverbetriebssysteme ergibt sich daraus die grundlegende Anforderung einer Plattformneutralität, um Abhängigkeiten zu spezifischen und herstellerbezogenen Produkten zu vermeiden oder wenigstens zu reduzieren.

Die Kriterien der Plattformneutralität (und damit die „Open-Source-Fähigkeit“) müssen bereits beim Softwareauswahlprozess berücksichtigt werden. Zur Unterstützung bei der dezentralen Beschaffung steht den Behörden der Berliner Verwaltung bereits seit 2010 der im Auftrag der Senatsverwaltung für Inneres und Sport von Fraunhofer FOKUS erstellte „Kriterienkatalog zur dezentralen Softwarebeschaffung“ zur Verfügung, der aufzeigt, wie die Open Source Kriterien in Softwareauswahlprozessen berücksichtigt werden können.

Die Verantwortung für die Umsetzung im konkreten Auswahlverfahren und damit der Auswahl „Open-Source-fähiger“ Software obliegt gemäß der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung den einzelnen Behörden. Bei der Auswahl ist auch zu berücksichtigen, dass die Hersteller von Kommunalsoftware für einen Markt produzieren, der in der Regel Microsoft-orientiert ist und damit ein beliebiger Wechsel zwischen Betriebssystemen selten möglich wird.

Wesentliche Verbesserungen in Form einer signifikanten Steigerung des Anteils an Open-Source-fähigen Desktopbetriebssystemen im IT-Betrieb der Berliner Verwaltungen sind voraussichtlich erst bei einer umfassenden Umsetzung des von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport initiierten Projekts zur Standardisierung des IT-Arbeitsplatzes zu erwarten.

4. Existieren in der Berliner Verwaltung Fachanwendungen mit Abhängigkeiten von Windows XP bzw. Office 2003, deren Migration auf Windows 7 bzw. Office 2010 nicht ohne weiteres möglich ist?

5. Falls ja: Welche Pläne zur Migration dieser Fachanwendungen existieren?

Zu 4. und 5.: In Berlin werden rund 330 IT-Fachverfahren genutzt. Bei einer im Sommer 2013 durchgeführten Befragung der zuständigen Verfahrensverantwortlichen hat sich gezeigt, dass nur einige Verfahren nicht auf Windows 7 lauffähig sind, deren Weiter- bzw. Neuentwicklung allerdings bereits in Planung war. Im übrigen gilt auch hier, dass einerseits die Innenverwaltung für die Förderung und Koordinierung der E-Governmententwicklung und IT-strategische Grundsatzfragen zuständig ist, andererseits die IT-Fachverfahren von den auch fachlich zuständigen Senats- bzw. Bezirksverwaltungen, betrieben, gepflegt und aktualisiert werden.

Auf eine detaillierte Abfrage zu den einzelnen Sachständen der Umstellungsarbeiten haben wir auch hier unter Hinweis auf die im Rahmen einer Kleinen Anfrage angemessenen Arbeitsaufwände verzichtet.

Berlin, den 25. Februar 2014

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Mrz. 2014)